



**Carola S. Rudnick:  
Die andere Hälfte der  
Erinnerung.**

*Die DDR in der deutschen  
Geschichtspolitik nach 1989.*  
Bielefeld: transcript Verlag 2011,  
770 S., 39.80 €  
ISBN 978-3-8376-1773-3

Gab es überhaupt eine „friedliche Revolution“ der Bevölkerung in der DDR 1989 oder vollzog sich eine „Revolution ‘von oben’“? Zu dieser Frage – die eigentlich eine Antwort ist – führt das soeben erschienene umfangreiche Buch von Carola Rudnick „Die andere Hälfte der Erinnerung“ hin. Es geht um „Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989“. Die Magisterarbeit der Autorin von 2004 (Lüneburg) trug noch den Titel „Geschichts- und Erinnerungspolitik mit [sic!] der Vergangenheit der DDR“. Das machte diese zu einem Objekt nachträglichen Handelns, etwa nach der Prophezeiung von Michael Rutschky von 1996, die DDR entstehe erst jetzt.

Auch der Untertitel der Magisterarbeit führte direkter in den Gegenstand ein: „Die Geschichts- und Erinnerungspolitik des Bundes und das Beispiel der Berliner Gedenkstätten in den 1990ern“. Inzwischen hat die promovierte Kulturwissenschaftlerin, seit 2009 Leiterin des Pädagogischen Zentrums der Gedenkstätte Bergen-Belsen, ihre Forschungen nicht nur wesentlich ausge-

weitet, sondern ihre Ergebnisse angesichts der Aktenlage auch politisch zugespitzt.

Im Interview mit ihrem Verlag liest sich dies so: „Eine Forschungsdebatte [zu dieser Geschichtsaufarbeitung, HG] fand leider bisher nicht statt – weil nach den ersten Auseinandersetzungen Anfang der 90er Jahre niemand die ‘Büchse der Pandora’ wieder öffnen wollte. Selbst die Sabrow-Kommission ‘umschiffte’ noch 2006 eine Grundsatzdiskussion um geschichts- und erinnerungspolitische Schief lagen. Sie ist aber inzwischen längst überfällig. Mein Buch wagt hier einen ersten Schritt und begibt sich bewusst in den ‘geschichtspolitischen Dschungel’, um mit gebotener Distanz kritische Anstöße zu geben.“

Die umfängliche Studie entstand im Zusammenhang mit den 20. Jahrestag-Erinnerungsfeierlichkeiten zur „Wende“. Die „Wende“ war, so lässt die Autorin die Leserschaft schließen, wohl doch eher eine „Kehre“, wenn auch nicht im Heideggerschen Verständnis. Auf einer Straße, die ein Ziel hat, wird gewendet, um neu anzusetzen. Eine Kehre führt von diesem Ziel weg zu einem neuen. Die Straße hieß „besserer Sozialismus“, der neue Weg „moderner Kapitalismus“. Was die Leute bewegte war die Suche nach Demokratie. Was die Beteiligten erinnern, muss nicht so gewesen sein. Erinnerungen trügen, auch wenn sie in Ausstellungen und Katalogen sich objektivieren.

Dieser Vorgang, wie die Erinnerungskultur der Sieger des Systemswechsels sich in Gedächtnislandschaften niederschlug und diese Vorgänge geschichtspolitisch be- und gefördert wurden, gibt den Stoff für eine detaillierte und profunde Darstellung der bundespolitischen Diskurse über die SBZ/DDR-Vergangenheit im Bundestag (1990-1998) und der Enquete-Kommissionen, der Umwandlung ehemaliger Haftanstalten in Gedenkstätten, des Streits um das Erbe der Staatssicherheit (Berlin und Leipzig) und der Konflikte um Gedenkstätten der Teilung (Berliner Mauer und Grenzübergang Marienborn).

Rudnick geht davon aus, dass zwar keine Einigkeit in der Geschichtsbe-trachtung der DDR erwartet werden könne, doch leider festzustellen sei, dass die nun einer Öffentlichkeit offiziell präsentierte Geschichtsbetrachtung (sozusagen die manifestierte Erinnerung) nicht der tatsächlichen Geschichte entspreche, sondern eine eigene Geschichte darstelle. Das gelte für alle drei Phasen der Erinnerungen (1992-94, 1995-98, 1999-2008).

Die Autorin dokumentiert die Geschichte der einzelnen Gedenkstätten. Sie wertet die ordentlichen Protokolle aus und hat zudem zahlreiche Archive gesichtet, Materialien öffentlicher Einrichtungen und im Privatbesitz untersucht und Interviews mit Beteiligten durchgeführt. Eine weitere Quelle sind etwa sechzig Presseorgane. Daraus ergeben sich für sie exakt datierbare Ereignisabläufe, die sie in konzeptionell-politische Zusammenhänge stellt.

Es geht Rudnick nicht um die gesamte Geschichtspolitik bezogen auf die DDR, zumal sich die negative Erinnerungspolitik (Löschung von Straßennamen, Schließung von Gedenkstätten, Abriss von Stelen und Denkmälern, Änderung der Schulbücher usw.) schon weitgehend erledigt hatte, und auch nicht um neuere geschäftstüchtige DDR-Vermarktungen (z.B. in DDR-Museen mit Gaststättenbetrieb oder einem kommerziellen Devotionalienhandel), sondern um die konkreten Stätten der Erinnerung. Ihr Politikbegriff ist dabei weit. Er erfasst die hochbrisanten Parlamentsdebatten ebenso wie deren Niederschlag in verwaltungsmäßige orientierende Ordnung durch gezielten Einsatz staatlicher Fördermittel – und das Gerangel darum mit den üblichen Schaukämpfen und durchaus ritualisierten Abläufen.

Da die meiste Zeit seit dem Beitritt der DDR zum Geltungsgebiet des Grundgesetzes die CDU/CSU das Sagen hatte, setzte sie mit totalitarismustheoretischen und antikommunistischen Argumenten (DDR als Kontinuum deutscher Diktaturen und Terrorherrschaft) auf eine möglichst vollständige Delegitimierung der DDR, während die (hier marginalisierte) SPD (zum Teil von der PDS, später den LINKEN unterstützt) mehr auf Entideologisierung, Differenzierung, Multiperspektivität und Pluralismus setzte. (vgl. S. 733)

Daneben und in diese Auseinandersetzungen hinein agierten Bürgerinitiativen. Aus subjektiver Betroffenheit heraus und mit dem Ziel der Selbstmythologisierung ging es ihnen um die „Helden der friedlichen Revolution“, sie selbst – und dabei immer auch um eine „Überlebensstrategie“ ihrer Projekte, um Arbeitsplätze. (vgl. S. 430) Die Staatssicherheit wurde so zum Hauptobjekt der Betrachtung und Darstellung, vorwiegend erzählt von ehemaligen Leidtragenden.

Die Autorin geht diesen Verwicklungen nach und fragt, was von den Erzählungen dem tatsächlichen Geschichtsverlauf entspricht, den Akten, den Ablaufszenarien und dem Ereignisvergleich, denn schließlich ist jede nachrevolutionäre Geschichtenkolportage „nach den Ereignissen“ geschrieben. Es sind oft Frontberichte, teils aus der Etappe. Rudnick lässt die Leserschaft an

ihren Entdeckungen teilhaben und konfrontiert die Berichte mit der eigenen Wahrheit der Quellen und Fakten.

So leitet die Autorin zu ihrer Hauptthese hin – es habe sich im Herbst 1989 in der DDR gar nicht um eine „Friedliche Revolution“, um eine „Revolution von unten“ gehandelt, was „in Anbetracht dieser Überlegungen [welche die Autorin nachvollziehbar darstellt, HG] doch erheblich in Frage zu stellen ist.“ (vgl. S. 738) Sie erkennt eine „Revolution ‘von oben‘“. Es wird sich zeigen, ob diese These von der Zeitgeschichte aufgegriffen wird.

Die Kirchen spielen in der Erinnerungskultur übrigens eine staatsnahe Nebenrolle. Wo auf sie im Buch von Rudnick näher eingegangen wird, geraten sie eher negativ in den Blick. Weil sie in das Gedenkstättenkonzept für Bautzen II und die Gräberstätte auf dem Karnickelberg nicht integrierbar waren, spendierte 1999 die Sächsische Landesregierung unter Kurt Biedenkopf eine „Gedächtniskapelle“ für etwa eine Million D-Mark, samt den fortlaufenden Kosten des Betriebs bis heute. (vgl. S. 211 f.)

Besonders unrühmlich für die Kirche, die damalige Berliner Landesregierung und den Deutschen Bundestag sind die 1991 und in den folgenden Jahren vorgetragenen Unrechtsansprüche und Störmanöver der Berliner Sophiengemeinde, betreffend Grundstücke auf dem Mauergelände „Brunnenstraße“. Rudnick legt die Dokumente offen und erzählt auch hier die Geschichte, wie sie sich aus den Akten belegbar zeigt – und sich gegen die Akteure, besonders die Gemeinde, wendet. Die Regierenden sind letztlich eingeknickt. (vgl. S. 565 ff., 580 ff., 597, 621)

*Horst Groschopp*